

Risikobevölkerungen, Lagebilder und Prävention – Krisenmanagement als Regierungstechnik

von Christoph Marischka

1 Global Governance als Katastrophenschutz

Krisenmanagement beinhaltet die Vorwegnahme der Zukunft durch die Ausarbeitung von Szenarien, welche auch die Gegenwart strukturieren.¹ Man kann dies u. a. am Katastrophenschutz sehen, wo gegenwärtig Szenarien ausgearbeitet werden, bei denen es nahe liegt, dass man zur „Bewältigung“ auf die Streitkräfte zurückgreifen muss, während zeitgleich Strukturen geschaffen werden, die eine Einbeziehung des Militärs erleichtern bzw. bereits voraussetzen (siehe hierzu den Beitrag von Rolf Gössner).

Im Folgenden soll es um globales Krisenmanagement gehen, wobei dieses als permanente „Katastrophenhilfe“ begriffen wird, um zu fragen, wer oder was wird hier eigentlich vor wem oder was geschützt und wie strukturiert das, was als Katastrophe begriffen wird, das, was als Normalität, die hergestellt werden soll, gilt. Um diese Vorgehensweise zu verdeutlichen sollen hier zunächst einige Zitate aus der Beschreibung der Katastrophenschutzübung LÜKEX, die bereits seit 2004 etwa alle zwei Jahre mit Beteiligung der Bundeswehr in Deutschland stattfindet, dokumentiert und kommentiert werden. Diese Übung wurde in der Zeitung „Behördenpiegel“ - quasi die Monatszeitschrift für vernetzte Sicherheit – dargestellt.² Das Szenario besteht darin, dass am Flughafen Köln-Bonn und am Bahnhof Hamburg jeweils eine Bombe explodiert. Es stellt sich heraus, dass es sich dabei um so genannte „schmutzige Bomben“ handelt. Das sind Bomben, die neben der Explosion auch eine – in diesem Falle schwache - radioaktive Verseuchung verursachen. Eine weitere Bombe wird vor ihrer Detonation in Berlin aufgefunden. In einem ersten Schritt werden nun die Stellen zitiert, bei denen das Handeln der Zivilbevölkerung – die es ja eigentlich zu schützen gilt – beschrieben wird, um herauszuarbeiten, welche Rolle sie aus Sicht des Katastrophenschutzes spielt. Den größten Raum im Bericht des Behördenpiegels nehmen die Handlungen, das Krisen- und Informationsmanagement der BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) ein. Auf die Betroffenen der ersten Explosion wird mit dieser Passage das erste Mal eingegangen:

1.1 Irrationale, Störer, Protestierende und Plünderer!

„Hysterisch schreit eine Frau ‚Atombombe‘ und läuft verzweifelt weg, auch in den Gesichtern anderer Personen ist die Angst vor dem atomaren GAU deutlich zu sehen. Die Emotionen stauen sich

1 Da es sich hier um eine Zusammenfassung des mündlichen Vortrags auf dem Kongress „Krisenmanagement – Sicherheitsarchitektur im globalen Ausnahmezustand“ am 21.11.2009 handelt, werden jüngere Ereignisse wie das Erdbeben auf Haiti nicht berücksichtigt. Ebenso wurde auf die Angabe von Quellen weitgehend verzichtet. Alle die sich für diese interessieren, Kritik oder Anmerkungen zum Text haben, können sich aber jederzeit an den Autor unter: mari@imi-online.de wenden.

2 „Vom Staube verweht – Nationale Gefährdung durch schmutzige Bomben“, in: Behördenpiegel November 2009.

auf, Panik droht sich zu verbreiten. Um die aufgewühlte Menge jetzt noch kontrollieren zu können, wird personelle Stärke benötigt. Schon jetzt gelingt es Einzelnen, durch die noch provisorischen Absperungen zu brechen. Doch die vermutlich kontaminierten stellen selbst eine strahlende Gefahr für die Bevölkerung dar und müssen unbedingt am Verlassen des Gebäudes gehindert werden. Die Bundespolizei am Flughafen braucht dringend Unterstützungseinheiten sowie die Hilfe der nordrhein-westfälischen Landespolizei.“

„Im Zuge der unüberschaubar gewordenen Situation ist es mehreren Personen inzwischen gelungen, das Gelände zu verlassen. Ein zufällig vor Ort anwesender Journalist verständigt sofort die lokalen Medien. Bereits 30 Minuten nach der Detonation werden erste Meldungen von Radio- und Fernsehstationen gesendet.“

„Anders als in Köln-Bonn stellt sich hier [in Hamburg] jedoch keine wirkliche Fluchtbewegung der Passanten ein. Im Gegenteil sind es eher Schaulustige, von denen die Einsatzkräfte bei ihrer Arbeit zunehmend behindert werden.“

„Während die Ermittlungen laufen, stellt sich im unteren Teil des Bahnhofsgeländes im Bereich der S- und U-Bahngleise ein weiteres Problem heraus. Eine Gruppe angetrunkenen Jugendlicher will sich von der oberirdischen Gefahr durch die schmutzige Bombe nicht beeindrucken lassen und weigert sich, den Gleisbereich zu verlassen. Die Personen scheinen gewaltbereit und drohen den Polizeibeamten bereits. Nur mit Hilfe eines großen Personalaufgebots und sehr deeskalierend agierenden Beamten gelingt es schließlich, eine Eskalation und mögliche gewalttätige Übergriffe zu verhindern. Zwar widerwillig und unter Beleidigungen kann man die Gruppe dann doch zum Verlassen des Bereichs bewegen.“

„Der besonders gefährdete U-Bahnbereich, in dem sich normalerweise um diese Uhrzeit größere Menschenmengen aufhalten, war aus Präventivmaßnahmen bereits geräumt worden. Zwar hatten sich die zu evakuierenden Passanten als äußerst unwillig erwiesen, dennoch war es mit relativ wenigen Einsatzkräften gelungen, die Personen vorsorglich in Sicherheit zu bringen.“

Wir sehen hier also die Zivilbevölkerung eigentlich nur in der Rolle als „Störer“. Ihre Handlungen erscheinen irrational und sie müssen gezwungen werden, um geschützt werden zu können. Von Selbsthilfe ist nicht die Rede oder wo sie versucht wird, soll sie unterbunden werden. So stellt sich das Entkommen des Journalisten in der Folge als ein Problem heraus, da seine Meldungen das Informationsmanagement der Behörden stören und zur öffentlichen Verunsicherung beitragen. Bei zahlreichen anderen Katastrophenschutzübungen, auch in Deutschland, spielt die Bevölkerung zudem noch eine Rolle als „Plünderer“ und „Protestierende“. Die Proteste entzündeten sich meist daran, dass das Handeln der Behörden als zu langsam oder ineffizient wahrgenommen wird, behindern aber wiederum eine effektive Katas-

trophenhilfe und stellen deshalb eine irrationale „Störung“ dar, die eingedämmt oder beseitigt werden muss. Dieses Szenario entstammt unter anderem der militärischen Übung des „Three Block War“, in dem die Bundeswehr – etwa auf einem Markt – für Sicherheit und Ordnung sorgt. Nachdem ein Heckenschütze in die Menge schießt und die Versorgung der Verletzten durch die Bundeswehr für die Umstehenden nicht schnell genug geht, bedrängen auch diese die Soldaten. Die gleichzeitige Konfrontation mit unbewaffneten, aber aufgebracht Zivillisten und einem militärischen Gegner – dem Heckenschützen – soll die Komplexität moderner Einsätze verdeutlichen.

1.2 Verkehrsinfarkt

Da die Bevölkerung also eher etwas ist, das es zu kontrollieren gilt, stellt sich die Frage, was durch den Katastrophenschutz eigentlich geschützt werden soll. Die in der Übung aufscheinenden Erfolgskriterien scheinen allesamt mit Verkehr oder so genannten kritischen Infrastrukturen zusammen zu hängen:

„Im Zuge der weiträumigen Sperrung und Schließung des Flughafens ist auf der Autobahn jedoch schon ein recht zähfließender Verkehr feststellbar... Wie kann man in dieser Situation für die Sicherheit der sich gerade zum Zwecke des Transports vor Ort befindlichen hochrangigen politischen Persönlichkeiten garantieren? Ist der militärische Teil des Flughafens überhaupt auf einen derartigen Anschlag mit einer schmutzigen Bombe vorbereitet? Was geschieht mit der für den Nachmittag geplanten Landung eines Truppenkontingentes der Bundeswehr aus Afghanistan?“

„Auf den Autobahnen und im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel zeigt sich eine Fluchtreaktion der Bevölkerung. Der Verkehr wird immer zähflüssiger, die Bahnen und Busse füllen sich. Auch dem Personennahverkehr im Köln-Bonner Raum droht ein Infarkt.“

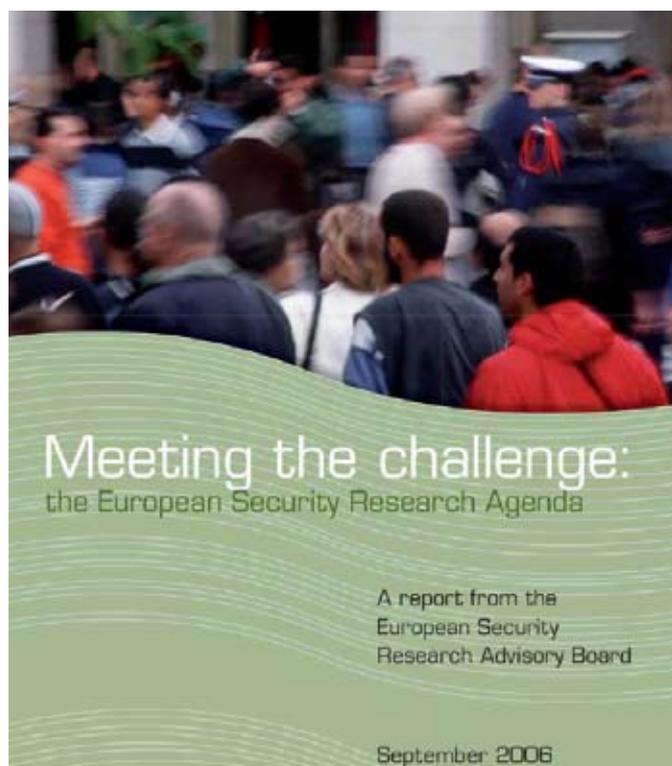


Bild: Passanten und potentielle Gefährder auf dem Titelblatt eines von Industrievertretern und „Sicherheitsexperten“ verfassten Berichts zur Europäischen Sicherheitsforschung

Dieser drohende Verkehrsinfarkt stellt sozusagen die Spitze des Spannungsbogens dar, den Wendepunkt, ab dem die BOS in einer erfolgreichen Katastrophenschutzübung die Kontrolle wiedererlangen. Wenig später heißt es:

„Nach neun Uhr hat sich im öffentlichen Nahverkehr die Lage etwas entspannt, die morgendlichen Pendler sind bereits wohlbehalten in ihren Büros eingetroffen... Besondere Aufmerksamkeit gilt den U- und S-Bahnhöfen Friedrichstraße und Potsdamer Platz, die unmittelbar an die Regierungsgebäude und Botschaften angrenzen. Aber auch die großen Büros von Daimler, Sony, Deutsche Bahn sowie das Hotel Ritz-Carlton könnten gefährdet sein (...). Im Laufe des Tages beruhigt sich auch die Situation am Flughafen Köln-Bonn sowie am Bahnhof Hamburg.“

Der Tag und auch der Bericht enden dann mit einer Ansprache der Bundeskanzlerin Merkel, die von fast allen Sendern übertragen wird, durch welche die politische Autorität und damit auch der „Normalfall“ wieder hergestellt wird.

1.3 „Die Stunde der Gesetzlosen“

Zusammenfassend könnte man eine Schwerpunktverlagerung im Katastrophenschutz weg vom „Massenanfall an Verletzten“ hin zur Anwendung unmittelbaren Zwangs bzw. Aufstandsbe-kämpfung konstatieren mit dem Ziel, ein ungehindertes Geschäftsleben zu ermöglichen und die politische Autorität aufrecht zu erhalten. Im Folgenden wird die These ausgearbeitet, dass sich mit dem internationalen Krisenmanagement über das gesamte Spektrum seiner Instrumente – von der Menschenrechtsarbeit über die humanitäre Hilfe bis hin zu Polizei- und Militäreinsätzen – dieselbe Zielsetzung herausbildet. Begleitet wird dies von sich überlappenden Diskursen der Planer des Katastrophenschutzes sowie der Planer des internationalen Krisenmanagements über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit bzw. die Bedeutung der „Menschenrechte“. Diese Debatte wird u.a. in der „Notfallvorsorge – Die Zeitschrift für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ geführt, dessen Ausgabe 1/2008 ein Themenheft „Sicherheit auf Kosten der Freiheit“ war. Bereits im Editorial wird das Ergebnis zusammengefasst: „In diesem Heft haben sich namhafte Fachleute mit dem Fragenkomplex jeweils aus ihrer persönlichen, beruflichen oder verbandlichen Einschätzung befasst, wohl wissend, wie brisant die Thematik mittlerweile geworden ist. Sie sind zu differenzierten Fachaussagen gekommen, die zusammengefasst die Feststellung zulassen, dass auch im Bevölkerungsschutz Freiheitsrechte lagebedingt und zumindest auf Zeit den Anforderungen für Sicherheit weichen müssen.“

Ein Blick ins Inhaltsverzeichnis legt ein ähnliches Fazit nahe. Hier finden sich Titel wie „Rechtsbeschneidungen sind unverzichtbar“ und „Katastrophenabwehr: Die Stunde der Gesetzlosen“. Für welche Sicherheit hier Freiheitsrechte aufgegeben werden, stellt Dirk Freudenberg, kommissarischer Leiter des Fachbereichs Sicherheitspolitik, Grundlagen und Koordination der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) im selben Heft klar:³ Demnach „muss es bei der ZMZ [Zivil-Militärischen Zusammenarbeit] im Inland schwerpunktmäßig darum gehen, das gesamtwirtschaftliche und

3 Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) - Entwicklungen und Tendenzen in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld, in: Notfallvorsorge 1/2008 (Themenheft Sicherheit auf Kosten der Freiheit?).

gesamtgesellschaftliche Leben der Industrie- und Wirtschaftsnation aufrechtzuerhalten.“ Ähnliche Zielsetzungen formulierte das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in seiner Problemstudie „Risiken für Deutschland 2005“ als Aufgabe globalen Krisenmanagements: „Darunter ist planendes, vorbeugendes und vorsorgendes, auf nachhaltige Entwicklung gerichtetes Handeln zu verstehen. Katastrophenvermeidung als integraler Bestandteil globaler, dauerhafter sozialer und ökonomischer Entwicklung lässt sich wissenschaftlich als Paradigmenwechsel und politisch als Hinwendung zu einer systemischen Gesamtsteuerung interpretieren.“⁴

1.4 The Planet is Full!

Die hier eingeforderte „systemische Gesamtsteuerung“ entspricht der Sichtweise einer „Weltinnenpolitik“ die nach dem „Ende der Geschichte“ keine Konfrontationen mehr kennt, sondern lediglich Störungen durch „Krisen“, die – Naturkatastrophen gleich – sich nicht verhindern lassen, sondern bearbeitet – gemanaged – werden sollen. Die Definition dieser Krisen und ihrer Bearbeitung bedeutet zugleich eine Normalisierung und Strukturierung der Welt anhand der oben genannten Zielvorstellungen und den Anspruch von Souveränität durch diejenigen, die Krisenmanagement betreiben und sich hierfür „in der Verantwortung“ sehen.

Während in der Zeit des „Kalten Krieges“ die Ordnung des jeweiligen Blocks in der Abgrenzung zum jeweils anderen hergestellt und legitimiert wurde, haben wir es heute mit einer weltweiten Hegemonie zu tun, welche das Andere zugleich als schutzbedürftig und gefährlich inkludieren muss. Die globale Reichweite einer Ordnungsvorstellung beschreibt Zygmunt Bauman mit der simplen Feststellung „The Planet is full“ und beschreibt, wie diese zwangsläufig zu „Überflüssiger Bevölkerung“ führt:⁵ „Die Herstellung von [Überflüssiger Bevölkerung] ist ein unvermeidbarer Nebeneffekt der Herstellung von Ordnung (jede Ordnung produziert Teile der Bevölkerung, die ‚deplaziert‘, ‚unangepasst‘ und ‚unerwünscht‘ sind) und wirtschaftlicher Entwicklung (die nicht voranschreiten kann, ohne dass zuvor effektive Wege, ein ‚Auskommen zu finden‘ herabgewürdigt und entwertet werden und somit zwangsweise die Betroffenen ihrer Lebensgrundlage beraubt).“

Aus abgekoppelten Räumen werden so Scheiternde Staaten, die im Sinne der Global Governance nach eigenem Vorbild, mehr noch: nach eigenen Vorstellungen weniger (wieder-)aufgebaut als doch zumindest erschlossen werden müssen. Diese Erschließung erfolgt wiederum über kritische Infrastrukturen wie See- und Flughäfen, wichtige Transitrouten und Pipelines sowie Banken- und Regierungsviertel, über die „Ansprechpartner vor Ort“ jederzeit erreichbar sein müssen. Die kurzfristige Absicherung dieser Strukturen gegen eine bewaffnete „Überflüssige Bevölkerung“ vor Ort (Rebellengruppen) stellt exakt das Fähigkeitsprofil der Europäischen „Battlegroups“ dar, während deren mittelfristige Absicherung gegen eine kaum oder unbewaffnete „Überflüssige

Bevölkerung“ dem der European Gendarmerie Force entspricht.⁶ Bauman konstatiert entsprechend, das Militär spiele angesichts der „Überflüssigen Bevölkerung“ zunehmend die Rolle der Müllentsorgung. Wie man in die „Überflüssige Bevölkerung“ jenseits der Gewaltanwendung und jenseits der internationalisierten kritischen Infrastrukturen hineinwirken kann, ist u. a. Gegenstand des Sonderforschungsbereichs (SFB) 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit.“

2 Überflüssige Bevölkerung auf dem Weg, in den Lagern, in den Städten

Während Bauman als Kritiker der genannten Entwicklungen die Struktur der Weltgesellschaft mit einer überdeutlichen Sprache ausdrückt, klingt dasselbe bei Mary Kaldor als einer der lautesten Protagonistinnen der Global Governance eher mitfühlend-humanitär. Auch wenn es in der Sache dasselbe beschreibt:⁷ „Auf der einen Seite stehen die Angehörigen der globalen Klasse, die über Englischkenntnisse verfügen, Zugang zu Fax, E-Mail und Satellitenfernsehen haben, mit Dollar, D-Mark oder Kreditkarten ausgestattet sind und reisen können, wohin sie wollen; auf der anderen Seite befinden sich jene, die von globalen Prozessen ausgeschlossen sind; die von dem Leben, was sie verkaufen oder eintauschen können oder an humanitärer Unterstützung erhalten; deren Bewegungsfähigkeit durch Straßensperren, Visa und hohe Reisekosten begrenzt ist und die von Belagerungen, erzwungenen Hungersnöten, Landminen und ähnlichem bedroht sind.“

Der Unterschied zu Bauman besteht darin, dass sie der „Überflüssigen Bevölkerung“ die globale Klasse entgegenstellt und dass sie als Unterscheidungskriterien auf Mobilität und Zugang zu Informationsnetzwerken verweist. Auffällig ist, dass es sich um ein antagonistisches Gesellschaftsbild handelt, in dem so etwas wie ein globaler Mittelstand, angeblich die Basis befriedeter Gesellschaften oder entwickelter Demokratien, ebenso wenig auftaucht, wie einfache ArbeiterInnen. Dasselbe gilt für die Strategiepapiere von NATO, EU und USA: Auch hier taucht die einfache, aber arbeitende und sich selbst versorgende Gesellschaft nur als potentielle Störung im Falle von Streiks oder Seuchen auf, wenn sie Produktion und Transit verlangsamen oder unterbrechen.

Die von den globalen Prozessen ausgeschlossenen, die „Überflüssige Bevölkerung“ begegnet uns in den Planungsdokumenten der Global Governance in drei Formen: Als Bewohner von Flüchtlingslagern, als Bewohner von Slums und als internationale MigrantInnen. Obwohl die erste Erscheinungsform bislang den kleinsten Teil der „Überflüssigen Bevölkerung“ repräsentiert, wird deren Verwaltung nun etwas eingehender beschrieben, da sie als die ProtagonistInnen der Welt-Nicht-BürgerInnen gelten können und deren Verwaltung das Wesen der Global Governance enthüllt.

2.1 Biopolitische Urbanisierung

Wenn Konflikte eskalieren oder eine solche Eskalation erwartet wird, sich sonstige Katastrophen, die Fluchtbewegungen auslösen können, ereignen oder erwartet werden, beginnen die Planungen für die Flüchtlingslager. Diese Planungen greifen u. a. auf das

4 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz: Risiken in Deutschland - Gefahrenpotentiale und Gefahrenprävention für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus Sicht des Bevölkerungsschutzes, <http://www.bbk.bund.de>.

5 Zygmunt Bauman: Wasted Lives - Modernity and its Outcasts, Cambridge 2004.

6 Siehe hierzu etwa: Christoph Marischka: Die europäische Sicherheitspolitik in Westafrika, IMI-Studie 12/2009, <http://imi-online.de/download/CM-westafrika-Studie.pdf>.

7 Mary Kaldor: New and Old Wars - Organised Violence in a Global Era, Cambridge 1999.

GMES-Programm (Global Monitoring for Environment and Security) der Europäischen Union zurück. Dabei handelt es sich um ein Projekt, bei dem die Daten aus staatlichen wie privaten, aus militärischen wie zivilen Satelliten ausgewertet und für verschiedene kommerzielle und nicht-kommerzielle Zwecke aufbereitet werden. GMES bietet seine Produkte UN-Organisationen, Umweltbehörden, Polizeien und Streitkräften an. Diese umfassen das Monitoring von Waldbeständen und Gewässern, die Beobachtung kritischer Infrastrukturen und von Grenzen, die Überwachung von VIPs und Bilder für die Planungen für deren Transit ebenso wie Aufklärungsdaten über die Bewegungen von mutmaßlichen Rebellen Gruppen, etwa im Tschad. Auch Fluchtbewegungen kann GMES identifizieren und humanitäre Organisationen dabei unterstützen, mögliche Standorte für Lager zu finden. Als Kriterien hierfür gelten u.a. ein möglichst großer Abstand zu bestehenden Siedlungen (um Konflikte, etwa um Feuerholz, zu vermeiden) bei gleichzeitig möglichst guter Erreichbarkeit für Hilfslieferungen. Ressourcen wie Holz und Wasser sollten erreichbar sein, aber nicht zu nahe liegen, um eine Überausbeutung und Vernutzung zu vermeiden.

Für die Sicherheit in den Lagern sind NGOs zuständig, die auch zu ihrem eigenen Schutz private Sicherheitskräfte engagieren. Eine Zusammenarbeit mit der Justiz des jeweiligen Landes findet kaum statt, selbst die Bewachung der Umgebung des Lagers wird selten den lokalen Sicherheitskräften überlassen. Zuzug und Abwanderung werden im Lager registriert und auf dessen Grundlage der Nahrungsmittelbedarf von 2100 Kcal pro Tag und pro Person festgestellt. Auf der Grundlage von Stammeszugehörigkeit, ethnischer Herkunft und Nationalität wird der Zugang reguliert.

Gleichzeitig wird eine Vielzahl „öffentlicher Dienstleistungen“ angeboten, die für die außerhalb der Lager befindliche Bevölkerung häufig nicht existieren: Es gibt Programme und Hilfestellungen bei der Familienzusammenführung, es wird Grundschulbildung vermittelt, es finden Hygienekampagnen statt und werden Impfprogramme durchgeführt. Es gibt Bemühungen um Community-Building, es werden Frauen- und Männerversammlungen einberufen und begleitet. In der Umgebung der Lager wird Aufforstung betrieben, gegenüber der ansässigen Bevölkerung um Verständnis für die Anwesenheit der Flüchtlinge geworben und Neuansiedlungsprogramme durchgeführt. Dies alles findet unter Bedingungen unglaublichen Mangels statt, was bedeutet, dass die Aufklärung der umliegenden Dörfer über die Fluchtursachen, welche Übergriffe reduzieren soll, zulasten der Nahrungsversorgung gehen kann. Hierüber entscheiden zum Teil die Geldgeber – die Regierungen der ersten Welt – und zum Teil die beteiligten NGOs. Um diese zu informieren, findet außerdem ein extensives Monitoring statt und über alles werden Statistiken angelegt: Wie viel Seife wurde ausgegeben, wie viel Kinder erhielten Bildung, wie hoch war die Anwesenheitsquote, wie viele wurden geimpft, wie viele von der letzten Kampagne erreicht usw.. Wir haben es hier also mit einer im höchsten Maße biopolitisch kontrollierten Bevölkerung zu tun, zu der auch der Informationszugang hochgradig selektiv ausgestaltet ist. Die genannten Statistiken finden sich im Internet, doch die Lebenswelt der Insassen lässt sich daraus kaum erschließen. Eines von tausenden möglichen Beispielen, wie über den Zugang zu den Betroffenen verhandelt wird und auch dieser letztlich nur in statistischen Auswertungen standardisierter Fragebögen und medizinischer Untersuchungen mündet, die noch dazu politisch instrumentalisierbar gemacht wurden, bietet etwa der Bericht „Nowhere to turn to“ der „Physicians for Human Rights“ und der „Harvard Humanitarian Initiative“ (<http://www.jpberlin.de/online-ag/?p=127>).

Die verfügbaren Statistiken erlauben es aber auf der anderen Seite, sehr genau festzustellen, wie der „öffentliche Haushalt“ in den Flüchtlingslagern strukturiert ist. Aus den Statistiken des UNHCR geht beispielsweise hervor, dass es im Jahr 2005 im Tschad 246.400 Menschen versorgt hat und hierfür 72 Mio. US \$ zur Verfügung standen. Das sind pro Person immerhin etwa 292 US \$, von denen aber nur je etwa 15 US \$ für „Ernährung und Gesundheit“, je 1,52 US \$ für sanitäre Einrichtungen und je 10.40 US \$ für Wasser ausgegeben wurden. Die größten Posten im Haushalt des UNHCR im Tschad stellen hingegen Transport und Logistik mit 63.63 US \$ und „Protection, Monitoring and Coordination“ mit 42,40 US \$ pro Person dar. Diese Anschaffungen werden auf regulären Märkten – zu zwei Dritteln in den Industrieländern – getätigt. Somit verdienen am Elendsmanagement damit im wesentlichen Logistikunternehmen, Hersteller von EDV, technischen Anlagen und Kraftfahrzeugen, Ölkonzerne und Sicherheitsfirmen und damit viele Unternehmen, die auch an den Konflikten verdienen, die für die Vertreibungen ursächlich waren. Dasselbe gilt übrigens auch für die Nahrungsmittel, welche das UNHCR, UNICEF usw. teilweise von denselben Lieferanten abkaufen, wie die westlichen Streitkräfte.

Obwohl wir es also mit einer hochgradig kontrollierten und für einige sogar „lukrativen“ Bevölkerung zu tun haben, wird diese in derselben Weise sicherheitspolitisch problematisiert, wie verarmte Bevölkerungen generell: Ständig wird über die Gefahr von ausbrechenden Seuchen und weit verbreitete sexuelle Gewalt in den Lagern berichtet. Diese gelten als Rückzugs- und Rekrutierungsbasis für Milizen, es kommt zu Konflikten mit der ansässigen Bevölkerung usw.. Darauf reagieren nicht nur die vor Ort tätigen NGOs, indem sie, wie beschrieben, private Sicherheitskräfte anheuern und auch ausbilden und selbst eine Art Polizeifunktion ausüben. Es fanden mittlerweile auch mehrere internationale Polizei- und Militärmissionen statt, die damit begründet wurden, dass Flüchtlingslager und -populationen geschützt werden müssten. Im Tschad wurde durch den UN-Sicherheitsrat eine neue Polizeiorganisation gegründet: Das „Détachement Intégré de Sécurité“. Das sind Gendarmerie-Einheiten, die vorwiegend für die Sicherheit der Flüchtlingslager und der NGOs sorgen sollen. Ihre Ausbildung war und ist die Aufgabe der EUFOR Chad/CAR und der UN-Mission MINURCAT, wobei beide Missionen in der Praxis geopolitische Ziele verfolgt haben und verfolgen, nämlich einen Stellvertreterkrieg mit China, in dem es u.a. um den Zugriff auf die Ölvorkommen im Sudan geht.

2.2 Planet der Slums

Die Zahl der Menschen, die mehrere Jahre in Flüchtlingslagern leben und verwaltet werden, schwankt je nach Definition und Schätzung zwischen 10 und 25 Millionen und bewegt sich damit in etwa denselben Maßstäben wie die Zahl derjenigen, die ihre Flucht in die erste Welt fortsetzen. Zugleich gibt es aber beträchtliche Unterschiede: Diejenigen, die etwa nach Europa migrieren, sind seltener unmittelbar vor Konflikten geflohen, haben seltener alles verloren (oder nie etwas besessen). Es befinden sich unter ihnen ungleich weniger Alte und Kranke und auch deutlich weniger Analphabeten. Was mit ihnen geschieht, soll hier nur ganz kurz dargestellt werden: Auch sie werden als Sicherheitsproblem aufgefasst. Pufferstaaten werden dafür bezahlt und ausgerüstet, sie zurückzuhalten, zu vertreiben oder aufzunehmen. Diejenigen, die es bis nach Europa schaffen, werden biometrisch erfasst, ihrer Rechte beraubt, können bis zu 18 Monaten inhaftiert und abgeschoben werden. Die meisten von ihnen müssen zwischenzeitlich

oder dauerhaft unter prekären Bedingungen arbeiten, die bis hin zu Formen von Sklaverei reichen können. Auch sie sind Welt-Nicht-Bürger.⁸

Die Masse derer aber, die ihrer Lebensgrundlage beraubt werden oder entfliehen, landet weder in Flüchtlingslagern, noch in der Festung Europa, sondern in den Slums der Städte der Dritten Welt. Ganz zu Recht wird hierbei nicht von Strömen gesprochen, sondern von einem kontinuierlichen und weitgehend unkontrollierten Prozess der Urbanisierung, der gar nicht ausschließlich auf Migration und Flucht zurückzuführen ist. Viele werden dort „überflüssig“, wo sie leben, fliehen gar nicht oder nur innerhalb des Landes oder der Region. Gegenüber der Lagerpopulation sind sie aus Sicht der Global Governance hochgradig unkontrolliert und stehen im Zentrum sicherheitspolitischer Erwägungen. Es ist das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt an sich, der in den Fokus internationalen Krisenmanagements gerückt wurde. Dies soll nun anhand von zwei Strategiepapieren der NATO und der EU dargestellt werden.

3 Gesellschaft im Fadenkreuz

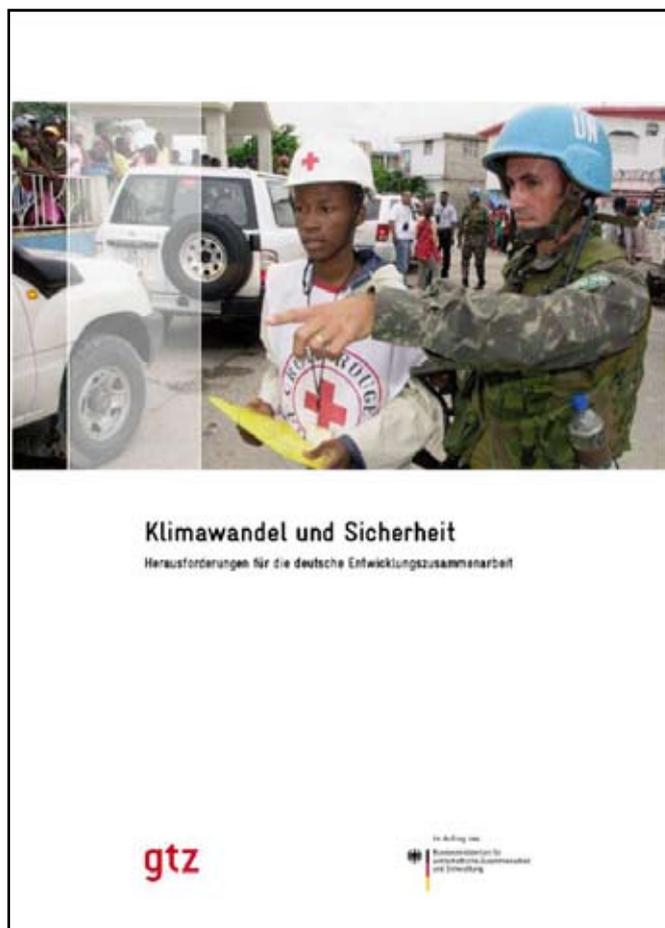
3.1 Bedeutungsverlust der Staatsbürgerschaft und „irrationale Ersatzidentitäten“

Der u. a. von einem deutschen General a. D. mitverfasste Entwurf einer neuen NATO-Strategie „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World“ stellt zunächst fest, dass die Globalisierung eine „Komplexität jenseits der Vorhersehbarkeit“ geschaffen habe.⁹ Dennoch geben die NATO-Generäle vor, sie wüssten, was zu tun ist. Die neue Komplexität bestehe demnach u. a. darin, dass neue, nicht-staatliche Akteure die Bühne betreten hätten und dass sich Technologien wie das Internet und Handys verbreitet hätten, welche diese Akteure „ermächtigen“ würden, zu handeln. Der Strategie-Entwurf identifiziert neben diesen grundsätzlichen Feststellungen zunächst einige „Trends“. Der erste Trend bezieht sich auf Demographie. Hier wird problematisiert, dass der Anteil Europas an der Weltbevölkerung bis 2050 von 11 % auf 7 % fallen würde. Weiter heißt es: „Im Mittleren Osten wird die erwerbsfähige Bevölkerung im selben Zeitraum um 50 % wachsen und es bleibt fraglich, ob die Ökonomien Afrikas und des Mittleren Ostens so ein starkes Bevölkerungswachstum absorbieren können (...). Arbeitslosigkeit kann zu Verzweiflung, Radikalisierung, Terror und zu bewaffneten Konflikten führen“. Wir haben es hier also tatsächlich in den Augen der NATO mit einer „Überflüssigen Bevölkerung“ zu tun, die gefährlich ist, weil sie nicht von den Arbeitsmärkten „absorbiert“ werden kann. Als zweiter Trend wird der Klimawandel genannt, durch den sich nicht nur neue Rohstoffquellen erschließen, sondern auch der „Migrationsdruck“ erhöhen würde, was wiederum zu Konflikten führen könnte.

Der dritte und der vierte erkannte Trend sind vor allem auch deshalb interessant, weil die NATO hier eine Prognose und damit auch eine Strukturierung auf der kognitiven Ebene vornimmt.

8 Siehe hierzu etwa: Informationsstelle Militarisation: FRONTEX - Widersprüche im erweiterten Grenzraum, <http://www.imi-online.de/download/frontex2009-web.pdf>, sowie für Fälle aus dem Großraum Stuttgart: <http://ausdemschatten.antira.info/>, sowie für Fälle aus der Abschiebehaft Rottenburg: <http://gegen-abschiebehaft.org/wiki/doku.php?id=bga:menschen>.

9 Klaus Naumann u. a.: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World, http://csis.org/files/media/isis/events/080110_grand_strategy.pdf



Der Soldat weiß, wo's langgeht: Studie eines Beraterunternehmens (Adelphi Consult) im Auftrag des BMZ

Der dritte Trend ist überschrieben mit dem „Niedergang der Souveränität“, also dem Bedeutungsverlust des Nationalstaates. Dies wird u. a. an der Europäischen Union verdeutlicht und an dem Problem, dass die Bevölkerung der EU zwar bereit wäre, für ihren jeweiligen Staat Soldaten ins Feld zu schicken und sterben zu lassen, nicht aber für die EU. Der vierte Trend knüpft hieran an und ist mit dem „Verlust der Rationalität“ überschrieben. Darin heißt es: „Dieser [Niedergang der Souveränität] hat gelegentlich zu einer Schwächung nationaler Identität, des Respekts vor der Herrschaft des Gesetzes, der Sprache und des Wertes der Staatsbürgerschaft geführt (...). Wenn nationale Identitäten geschwächt werden und die Staatsbürgerschaft ihre Bedeutung verliert, gewinnen andere Quellen kollektiver Identität an Bedeutung.“ Die Gefahr, welche die NATO hierin identifiziert, würde durch den freien Informationsfluss verschärft, der eben solche Identitäten erzeugen könne. Als eher harmloses Symptom des Verlusts der Rationalität wird beispielsweise auf den Starkult hingewiesen, also die Tatsache, dass manche Sportler oder Musiker bekannter sind und mehr Ansehen genießen, als politische Autoritäten. Auch sehen die Autoren durch den freien Informationsfluss und den Verlust des Rationalen eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit, da neben die staatlich anerkannte Medizin zahlreiche andere Vorstellungen von biologischen Vorgängen, vom Umgang mit Kranken und damit auch von Heilpraktiken getreten sind. Als Hauptbedrohung, die hieraus erwächst, werden aber „Identitäten“ wie der Islamismus identifiziert, der als irrationale Ideologie den Nationalsozialismus und den Kommunismus quasi abgelöst hätte. Als letzter Trend wird das Anwachsen von „Maßstab und Komplexität“ genannt, worunter die zunehmende Vielfalt

der Bedrohungen beschrieben wird, auf die man vorbereitet sein müsse, da vitale Interessen mittlerweile auch von Cyber-Attacken, Währungskrisen, Streiks in der indischen Software-Industrie usw. betroffen sein könnten. In diesem Kontext grenzt der NATO-Entwurf sich vom Begriff des „Long War“ - des lange währenden Krieges gegen nichtstaatliche Netzwerke - ab, da diese Auseinandersetzung nicht immer, nicht ausschließlich und nicht mit den klassischen militärischen Mitteln geführt werde und auch kein Ende in Sicht sei. Statt eines langen Krieges haben wir es also mit zivil-militärischem Krisenmanagement zu tun.

3.2 Aufklärung und kinetische Energie

Die Europäische Rüstungsagentur (EDA) hat die Aufgabe, einen europäischen Rüstungsmarkt zu schaffen, zu strukturieren und die Beschaffungen der europäischen Streitkräfte aufeinander abzustimmen, um diese auf eine gemeinsame Strategie auszurichten und Redundanzen zu vermeiden. Wir haben es hier also mit einer Institution zu tun, welche das zukünftige Konfliktgeschehen antizipiert, hieraus konkrete Forschungs- und Rüstungsprogramme entwickelt und damit auch tatsächlich die Art und die Waffen, mit denen künftige Kriege geführt werden, mitbestimmt. Hierzu erarbeitet die EDA kontinuierlich eine Long Term Vision, einen „Kompass für Rüstungsplaner“, bei der sie u. a. durch Papiere des Europäischen Instituts für Strategische Studien (EUISS) unterstützt wird. Im Folgenden werden einige Thesen der aktuellen Version dieser Long Term Vision (LTV) vorgestellt.¹⁰

So geht die LTV davon aus, dass die Globalisierung neue Mächte hervorbringen wird, die mit Europa in Konkurrenz treten werden. Europas Bevölkerung, zumindest aber ihr Anteil an der Weltbevölkerung, wird zugleich abnehmen. In der Nachbarschaft der EU werden sich v. a. „Globalisierungsverlierer“ finden, bei denen implizit davon ausgegangen wird, dass von diesen Konflikte ausgehen. Afrikas Jugend werde sich ohne Aussicht auf Beschäftigung in den Mega - Cities konzentrieren. Im Mittleren Osten werde die Bevölkerung im Erwerbsalter um 50% zunehmen, 70% davon würden in Städten leben, wie sie beschäftigt werden sollen, sei unklar. Der Migrationsdruck würde zunehmen, während auch der Bedarf nach importierten (Energie-)Ressourcen wachsen würde. Hierdurch würden auch weit entfernte Krisen zur Bedrohung. Auch in Europa würden die Kosten für soziale Sicherung entweder steigen oder eben die soziale Sicherung abnehmen. Angesichts zunehmender Probleme „zu Hause“ würden die Bevölkerung und deren Vertreter Interventionen im Ausland zunehmend kritisch gegenüberstehen. Diese würden unter scharfer Beobachtung der Medien stattfinden. Zugleich würden Fragen des internationalen Rechts schwieriger werden und einzelne Soldaten unter erhöhten Druck setzen, Gewalt vorsichtiger einzusetzen. Die Bereitschaft der Bevölkerung, Geld für „Verteidigung“ auszugeben, würde abnehmen, da es keine Gefahr eines herkömmlichen Angriffs gäbe. Aufgabe des Militärs sei es unter diesen Bedingungen, (1) Diplomatie zu ergänzen, um Konflikte zu verhindern; (2) Konflikte einzudämmen und (3) Akteure, die eine Krise auslösen wollen, zu „entmutigen“. Zusammengefasst heißt das: EU-Truppen werden künftig Gewalt in undurchsichtigen Situationen unter der Aufsicht der Medien gegen Feinde anwenden, die sich in der Zivilbevölkerung verstecken bzw. mit dieser identisch sind (Aufstandsbekämpfung). Legitimität wird

kritischer, d.h. Gewalt muss begrenzt werden, wird dafür aber in Permanenz stattfinden. Hier sehen die AutorInnen einen deutlichen Gegensatz zu „früher“, wo ein militärischer Auftrag quasi von der Politik ans Militär gegeben wurde und nach dessen „Erfüllung“ wieder die Politik zum Tragen kam. Politik, Medien und Kriegführung werden sich nun hingegen zu Krisenmanagement integrieren.

Vor dem Hintergrund kritischer Legitimität und der notwendigen Begrenzung von Gewaltanwendung gegen nicht-militärische Gegner stellt die EDA die in militärischer Hinsicht revolutionäre Frage, ob ungelenkte und nicht-diskriminierende Waffen überhaupt noch brauchbar sind. Stattdessen könnte die Kriegführung sich in Zukunft stärker als „Mischung zwischen Aufklärung und kinetischer Energie“ gestalten. Das heißt – so wird das aber in der LTV nicht ausgedrückt – europäische Politik und Kriegführung wird zukünftig aus gezielten Tötungen, der gezielten Verursachung von Schmerz und der gezielten Ermutigung und Entmutigung zivilgesellschaftlicher Akteure bestehen. Für die Rüstungsindustrie verlangt dies eine bereits stattfindende Schwerpunktverlagerung von Panzerungen und Explosionswaffen hin zu Aufklärung und flexibel regulierbaren, auf das Individuum ausgerichteten kinetischen Waffen.

3.3 Fokussierung

Eine zentrale Rolle bei den Beschaffungen westlicher Streitkräfte spielen gegenwärtig unbemannte Flugkörper - so genannte Drohnen – mit unterschiedlicher Größe und Reichweite.¹¹ Die größten existierenden Drohnen können mit einem Flug weltweit jeden Punkt erreichen und Aufklärungsdaten oder auch Kommandos nahezu in Echtzeit über Satelliten kommunizieren. Die europäische Version dieser Großdrohnen, die gegenwärtig entwickelt wird – der EUROHAWK – soll nach Angaben der Zeitschrift Y des Verteidigungsministeriums auch Telefonverbindungen vor Ort analysieren und auswerten können. So wäre es möglich von jedem Dorf und jeder Großstadt der Welt Netzwerkdarstellungen der Bevölkerung aufgrund der Verbindungsdaten zu erstellen. Das halte ich zwar für Zukunftsmusik, macht aber deutlich, wohin die Fantasien der Militärplaner reichen. Kleinere Drohnen haben eine wesentlich geringere Reichweite von einigen hundert Kilometern, können aber programmiert werden, um beispielsweise Grenzen oder Pipelines kontinuierlich abzufliegen und verdächtige Beobachtungen zu melden. Ähnliche Drohnen wurden beispielsweise in Kinshasa während des EUFOR-Einsatzes in der DR Kongo eingesetzt, um Zusammenrottungen von Jugendlichen in den Slums und mögliche Proteste frühzeitig zu identifizieren. Die kleinste Art von Drohnen benutzt das Militär, um Gebäude vor einem Zugriff auszuspähen. Die Polizei in Deutschland u. a. um die Bewegungen von Fußballfans oder Atomgegnern bei Castor-Transporten zu erfassen. Einige Drohnen großer und mittlerer Reichweite können auch bewaffnet werden und kommen gegenwärtig insbesondere in Pakistan bei gezielten Tötungen zum Einsatz. Wegen ihrer geringen Präzision würde ich dies aber als „Übergangslösung“ auffassen, die (noch) nicht der Long Term Vision der EDA entspricht.

Im Zuge der Migrationsbekämpfung und der Hafensicherheit – also bereits eher zivilen Aufgabenfeldern - werden gegenwärtig auch zahlreiche unbemannte Systeme für den Einsatz auf See entwickelt, die kleine Boote sowie auch Taucher identifizieren und

10 European Defence Agency: An initial Long-Term Vision for European Defence Capability and Capacity Needs, <http://www.eda.europa.eu/webutils/downloadfile.aspx?fileid=105>.

11 Rolf Hermann: Hochfliegende Pläne, in: Y - das Magazin der Bundeswehr, Juli 2007.

melden sollen. Grundsätzlich ist bei der militärischen Aufklärung im engeren Sinne des Wortes eine Fokussierung auf das Individuum zu beobachten. Das führt beispielsweise dazu, dass Marine-Schiffe nicht mehr nur mit Systemen ausgestattet werden, welche andere Schiffe und U-Boote melden, sondern auch mit Systemen, welche einzelne Menschen erkennen sollen, die z.B. Sprengladungen an Schiffen anbringen wollen, während diese im Hafen liegen. Moderne Aufklärungsflugzeuge wie die deutschen Seefernaufklärer P-3C Orion, können nicht mehr nur Panzer und Schiffe aufklären, sondern auch Fischerboote. Auf Grund der Hautfarbe, Anzahl und Ausrüstung der Menschen an Bord werden diese im Golf von Aden dann den Kriegsschiffen als potentielle Piraten gemeldet.

Zu dieser Fokussierung trägt die Zusammenarbeit mit der zivilen Forschung massiv bei. So werden für die Grenzüberwachung und die „öffentliche Sicherheit“ zahlreiche Projekte durch das Rahmenforschungsprogramm der EU finanziert, welche Aufklärungsdrohnen und Kamerasysteme entwickeln, die etwa verdächtiges Verhalten identifizieren sollen. Dieses kann u. a. in ruckartigen Bewegungen oder dem Sitzen auf Plätzen bestehen, auf denen die meisten Menschen stehen oder gehen. Zugleich versucht das Rahmenforschungsprogramm soziale oder biologische Indikatoren für eine Tendenz zu abweichendem Verhalten zu finden oder das Verhalten von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen in Ausnahmesituationen zu prognostizieren.¹²

Bei der flexiblen Regulierung kinetischer Energie spielt gegenwärtig etwa die „Loiterfähigkeit“ von Abstandswaffen eine große Rolle. Das sind Raketen, die mehrere Stunden „im Ziel verharren können“ und erst auf Kommando auf kurze Distanz dieses Ziel zerstören. Für die Bundeswehr wird gegenwärtig ein solches „Wirkmittel zur Abstandsfähigen Bekämpfung von Einzel- und Punktzielen“ (WABEP) entwickelt. Auf der Homepage der Hersteller heißt es hierzu: „Das Projekt Wabep steht dabei für den Verbund des taktischen Aufklärungssystems KZO der Rheinmetall Defence [eine Drohne] mit einem Strike-Element [der Rakete], dem loiterfähigen Wirkmittel der Firma IAI.“¹³ Die Rakete, die einzelne Menschen „neutralisieren“ soll, ist anders als frühere Waffensysteme nicht unter der Zielvorgabe entwickelt worden, größtmögliche Zerstörung anzurichten sondern, um „gegen weiche und halbharte Ziele“ zum Einsatz zu kommen. Ein Bild, das die Vorteile dieser Waffe verdeutlichen soll, zeigt im Vordergrund die Abschussvorrichtungen für Drohne und Rakete und im Hintergrund eine Stadt, die von mehreren Drohnen und Raketen überflogen wird, die jederzeit, vermeintlich punktgenau Ziele in dieser Stadt vernichten können. Somit kann erwartet werden, bis sich möglichst wenige Zivilisten im Umfeld des Zieles aufhalten. Das Panzerabwehrsystem MILAN der Bundeswehr wird dahingehend weiterentwickelt, dass das Geschoss noch im Flug neue Ziele erfassen und dem Bedienungspersonal vorschlagen kann, welches dann die Entscheidung trifft, ob das Geschoss im Flug umgelenkt oder scharf gemacht wird. Dies soll Zivilisten im Häuserkampf schonen. Mit PASKAL (Pneumatisch angetriebene Skalierung der Geschossenergie) wird eine neue Art von Gewehr entwickelt, bei dem die Geschossenergie flexibel eingestellt werden kann, um die Wahrscheinlichkeit einer tödlichen Verletzung, je nach Ziel, zu regulieren.

12 Siehe etwa: Europäische Kommission: Towards a more secure society and increased industrial competitiveness, ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/security/docs/towards-a-more-secure_en.pdf.

13 „Rheinmetall Defence und IAI vereinbaren Kooperation bei UAV-Verbundsystemen“, <http://www.rheinmetall-defence.com>.

4 Krisenmanagement-Diskurse

4.1 Human Intelligence und Zivilgesellschaft

So beunruhigend das alles ist, muss festgestellt werden, dass die Vorstellungen von Rüstung und Militär schon immer von Allmachtsversprechen und Allmachtsfantasien geprägt waren, die in der Praxis nie eine Entsprechung gefunden haben. Von vollautomatisierten Schmerz- und Tötungssystemen sind wir noch weit entfernt (nicht technologisch, sondern politisch) und von diesen ist in den genannten Strategiepapieren auch keine Rede. Das liegt an der guten Nachricht dieser Papiere, die auch Ergebnis der Aktivitäten der Friedensbewegung und anderer Bewegungen ist. Diese besteht darin, dass die Legitimität der Anwendung von Gewalt in diesen Papieren eine Rolle spielt und als kritisch erachtet wird. Dies führt u. a. dazu, dass insbesondere tödliche Gewalt nicht allein auf der Grundlage technischer Aufklärungsdaten ausgeübt werden kann oder soll. Deshalb ist neben dieser „Signal Intelligence“ auch „Human Intelligence“ vonnöten. Auch hier aber spielt der erweiterte Sicherheitsbegriff und das Krisenmanagement eine herausragende Rolle bei der Verbesserung der menschlichen Aufklärung durch die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure, welche zugleich zur Legitimitätszeugung beitragen soll und dies auch in hohem Maße erfüllt. Denn es genügt nicht, von jedem Markt und jedem Spielplatz der Welt Aufnahmen erstellen zu können und automatisierte Hinweise auf verdächtiges Verhalten zu erhalten. Irgend jemand muss diese Bilder auswerten. Ebenso wenig genügen Netzwerkanalysen, wer mit den meisten anderen zentralen Personen in Telefonkontakt steht.

Als wichtiger Indikator für drohende Aufstände und die Stimmung in der Bevölkerung gelten z.B. auch die Preise für Waffen auf informellen lokalen Märkten, die nur durch unmittelbaren Kontakt mit der Bevölkerung vor Ort ermittelt werden können. Dieser Kontakt zur Bevölkerung soll ja im Rahmen der Aufstandsbekämpfung im Irak und Afghanistan durch die Soldaten gesucht werden. Doch da sich diese in der Fläche nicht so gut bewegen können und auch nicht so viel Vertrauen genießen, wie Angehörige humanitärer und developmentpolitischer Organisationen, sollen diese in die Aufklärung eingebunden werden. So wird in Afghanistan versucht, ein „Afghan Country Stability Picture“ durch eine Auswertung der Bewegungen von Angehörigen westlicher Hilfsorganisationen zu erstellen. Wo diese sich häufig aufhalten, wird von einer größeren Akzeptanz der internationalen Truppen durch die Bevölkerung ausgegangen. Sozialwissenschaftler des SFB 700 wurden beauftragt, die Stimmung gegenüber der internationalen Truppenpräsenz per Befragung zufällig ausgewählter Haushalte zu ermitteln.

Westliche Soldaten können auch nicht jederzeit an jedem Ort dieser krisengeschüttelten Welt präsent sein, von dem Störungen ausgehen könnten. Auch deshalb greifen das Militär und die Kommandohöhen des Krisenmanagements auf zivile Akteure zurück. Bei der Gründung der „State Failure Task Force“ im Jahr 1994, die überwiegend aus US-Wissenschaftlern besteht, war die CIA noch unmittelbar beteiligt. Sie arbeitete eine Datenbank aus, in der Indikatoren für politische Instabilität gesammelt und beobachtet werden und lieferte damit Vorarbeit für den Failed State Index, der seit 2005 von dem Think-Tank Fund for Peace gemeinsam mit der Zeitschrift Foreign Policy erstellt wird. Die International Crisis Group, die sich als „Augen, Ohren und Bewusstsein der internationalen Gemeinschaft“ versteht, wurde 1995 von hochrangigen Politikern und Wissenschaftlern mit dem Ziel gegründet, „Tragödien wie Somalia, Ruanda und Bos-

nien künftig antizipieren und eine angemessene Reaktion der internationalen Gemeinschaft ermöglichen zu können“. Sie umfasst heute neun Büros und achtzehn weitere Einrichtungen in Krisenregionen, welche über 60 Länder beobachten, regelmäßig Berichte verfassen, eine „Krisen-Datenbank“ führen und einen „Krisen-Newsletter“ veröffentlichen. Vier Repräsentationsbüros der Organisation in Brüssel, London, New York und Washington unterbreiten Regierungen und internationalen Organisationen Handlungsempfehlungen und betreiben Öffentlichkeitsarbeit, um deren Umsetzung zu erzielen. Die International Crisis Group sei hier nur stellvertretend für hunderte ähnliche Think-Tanks und NGOs genannt, die zwar einzeln sehr unterschiedlich zu bewerten sind, aber allesamt – meist mit humanitärer oder menschenrechtlicher Motivation - Indikatoren ermitteln, Datenbanken führen und Berichte erstellen, um von den westlichen Regierungen ein zivil-militärisches Krisenmanagement einzufordern.

Die Forderung nach Prävention und Intervention, verbunden mit der Warnung vor einem ausbrechenden oder eskalierenden bewaffneten Konflikt, strukturiert jedoch auch die Diskurse anderer humanitärer und entwicklungspolitischer Akteure. So erinnert die Argumentation in zahllosen Papieren über den Klimawandel oder die Knappheit an Nahrungsmitteln verdächtig derjenigen der oben beschriebenen Strategiepapiere. Die „Überflüssige Bevölkerung“ in den Slums der Städte wird als besonders „verwundbar“ identifiziert und es müsse interveniert werden, um zu verhindern, dass sie in irrationale Gewalt verfallen oder in Massen migrieren, wenn sich ihre Lage aufgrund des Welthandels oder des Klimawandels weiter verschlechtert. Steigende Lebensmittelpreise oder die Verwüstung von Lebensgrundlagen stellen insofern nicht mehr selbst eine Bedrohung für die unmittelbar Betroffenen dar, die verhindert werden müsste, sondern eine Bedrohung für „uns“, indem sie Fluchtbewegungen oder Proteste auslösen können.

4.2 Dezentrales Krisenmanagement und Ermächtigung

Ein weiterer Strang dieses Diskurses besteht innerhalb der Friedensforschung in den Bemühungen, „Early Warning“-Systeme zu schaffen.¹⁴ Diese haben sich als sehr produktiv für die Informationsgewinnung beim internationalen Krisenmanagement erwiesen, indem sie die Indikatoren für Konflikte immer weiter verfeinerten und immer bessere Möglichkeiten erschlossen, Menschen aus den betroffenen Gesellschaften in die Generierung von Daten einzubinden. Die Tatsache, dass sich somit zwar tatsächlich Konflikte immer präziser prognostizieren, nicht aber verhindern oder konstruktiv bearbeiten lassen, bringt jedoch zunehmend eine Kritik am hierarchischen internationalen Krisenmanage-

ment, wie es die International Crisis Group betreibt, hervor. So wurde festgestellt, dass Konflikte zwar schnell erkannt werden können, diese aber ein gewisses Ausmaß erreichen müssen, damit Lobbying zunächst auf der Ebene der nationalen oder regionalen Hauptstädte betrieben, über diese in den Hauptstädten der Metropolen fortgesetzt werden um dann womöglich eine Reaktion im UN-Sicherheitsrat und den Hauptquartieren von NATO und EU auslösen kann. Dieser Prozess ist äußerst langwierig und offen für den Einfluss von Akteuren, die eigene diplomatische, wirtschaftliche oder militärische Interessen vertreten. Deshalb erfolgt eine Reaktion (1) nur, wenn diese Interessen realisiert werden können; (2) auf der Grundlage unvollständiger Informationen, weil viele im Prozess verfälscht wurden, verloren gingen oder sich die Situation verändert hat und (3) mit den Mitteln, die der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung stehen und häufig militärischer Natur sind, die aber mit dem eigentlichen Konflikt und seinen Ursachen gar nichts zu tun haben. Es kam in diesem Zusammenhang sogar die Kritik auf, dass im Rahmen des „Early Warning“ im Informationszeitalter Informationen aus der jeweiligen Bevölkerung ähnlich wie andere Ressourcen aus der Dritten Welt „ausgebeutet“ und von Akteuren in der ersten Welt gewinnbringend weiter verarbeitet würden.

Aus dieser Kritik wäre die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Krisenmanagement möglichst horizontal organisiert werden muss, damit die Akteure vor Ort mit ihrem Wissen angemessen reagieren können. Diese Erkenntnis liegt den herkömmlichen, dezentralen Strukturen des Katastrophenschutzes zugrunde und es ist davon auszugehen, dass eine lokale „Feuerwehr“, die unmittelbar nach einer Katastrophe eintrifft und die Folgen beseitigt, weniger mit Widerstand und Protesten zu rechnen hat, als bewaffnete UN-Soldaten aus einem anderen Land, die Wochen oder Monate später eintreffen und dem Verdacht ausgesetzt sind, den Interessen anderer, globaler Akteure zu dienen. Ein solches dezentrales und horizontales Krisenmanagement würde darin bestehen, die Selbstorganisation der betroffenen Gesellschaften zu fördern, ihnen öffentliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und Zugang zu lokalen und/oder globalen Kommunikationsnetzwerken zu ermöglichen. Das würde ihre „Verwundbarkeit“ sicherlich reduzieren und das Krisenmanagement zumindest gegenüber Interessen von außen immunisieren, stellt aber genau die Form von „Ermächtigung“ dar, die NATO und EU befürchten. Deshalb streben diese eine andere Form der Dezentralisierung des Krisenmanagements an, indem sie staatliche und parastaatliche Sicherheitskräfte durch Sicherheitssektorreformen, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe unterstützen: Die Militarisierung der Dritten Welt bei ihrer gleichzeitigen Entmachtung (siehe Beitrag von Jonna Schürkes).

¹⁴ Diese Diskussion, sowie viele der hier beschriebenen Auffassungen, sind auf dem Blog von Patrick Meier, der am Aufbau zahlreicher Early-Warning-Systeme beteiligt war, dokumentiert: <http://earlywarning.wordpress.com>.